

Erwägungen 2/2022

Gegen das Schweigen der Kirchen

«Warum braucht es den Blick von unten links, um seriös Theologie zu treiben?» So hiess die Fragestellung, mit der die Arbeitsgruppe «Kirche? NordSüdUntenLinks» (KNSUL) letzten März zu einem Gedankenaustausch eingeladen hatte. Eigentlich eine alte Frage, über die schon unzählige Artikel geschrieben und Diskussionen geführt worden sind. Doch in diesem Moment erhielt sie einen neuen und aktuellen Hintergrund: Die Initiant*innen von «Kirche für Kovi», von denen viele der Gruppe KNSUL angehören, standen immer noch unter dem Eindruck der starken Gegenreaktionen, die das kirchliche Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative hervorgerufen hatte.

Noch selten waren Kirchen und Hilfswerke von Politik und Wirtschaft so heftig kritisiert worden, wie es während und nach der Abstimmungskampagne der Fall war. Und typischerweise wurde ihnen auch gleich mit finanziellen Konsequenzen gedroht. Lassen sich die Kirchen dadurch zum Schweigen bringen? Manche Engagierte sehen Anzeichen dafür.

Umso wichtiger ist es, dass wir nun nicht schweigen, dass wir eine Theologie «von unten links» weiterverfolgen – eine Theologie, die den Blickwinkel jener einnimmt, die von Armut, Ausbeutung und Diskriminierung betroffen sind. Dazu möchte auch die vorliegende Nummer der *Erwägungen* einen Beitrag leisten: mit Stellungnahmen von TheBe-Mitgliedern, aber auch mit einem «Manifest gegen das Schweigen der Kirchen» (s. S. 27), das Diskussionsgrundlage für ein nächstes Treffen von KNSUL am 19. September werden soll (s. Hinweis S. 29).

Christine Voss

Politischer Druck auf die Kirchen

Christine Voss
S. 18

Gerechtigkeit ist keine Parteiparole

Viktor Hofstetter
S. 19

«Wir wurden angelogen»

Nicole Maron
S. 20

Verheerendes Wirken von Glencore

Esther Gisler Fischer
S. 22

Warum brauchen wir eine Theologie von unten links?

Esther Gisler Fischer
S. 23

Stachel in der Gesellschaft sein

Daniel Winkler
S. 24

Kirche, die Partei ergreift

Christoph Albrecht
S. 25

Gegen das Schweigen der Kirchen

Pierre Bühler
S. 27

Aus Vorstand und Arbeitsgruppen

S. 30

40 Jahre Theologische Bewegung

Urs Häner
S. 31

KVI-Petition

Seraina Patzen
S. 32

Politischer Druck auf die Kirchen

Christine Voss

Der Einsatz der Kirchen für die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) hat bürgerliche Politiker*innen aufgeschreckt. Beschwerden und Drohungen sind die Folge.

Einen so breiten Zusammenschluss von Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften hatte es in der Schweiz noch nie gegeben: Die römisch-katholische und die reformierten Kirchen, deren Hilfswerke und sogar die Freikirchen hatten sich der Plattform «Kirche für Konzernverantwortung», kurz «Kirche für Kovi», angeschlossen. Rund 650 Kirchgemeinden engagierten sich für ein Ja. Dazu kamen unzählige Basisgruppen und Einzelpersonen. Mit eigenen Unterlagen und Fahnen versuchten sie, in ihrem Umfeld für die Initiative einzutreten.

Finanzielle Konsequenzen

Entsprechend heftig waren die Reaktionen aus Wirtschaft und Politik. Schon im Vorfeld der Abstimmung reichten die Jungfreisinnigen in vier Kantonen eine Stimmrechtsbeschwerde ein. Als sie damit keinen Erfolg hatten, zogen sie diese bis vor Bundesgericht weiter. Dort wurde die Beschwerde aber als «gegenstandslos» abgeschrieben – nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern weil die KVI in der Zwischenzeit abgelehnt worden war.

Doch die Drohungen gegen die Kirchen gehen bis heute weiter: Im Kanton St. Gallen versuchten Politiker*innen von SVP, FDP und CVP, mit einer Motion im Kantonsrat die Kirchen dauerhaft zu politischer Neutralität zu verpflichten. Sie fanden allerdings keine Mehrheit. Das Thema «Abschaffung der Kirchensteuer» hingegen wird nun in bürgerlichen Kreisen erneut diskutiert.

Finanzielle Konsequenzen müssen bereits jetzt die Hilfswerke tragen: Bundesrat Ignazio Cassis teilte diesen nach der Abstimmung mit, dass sie Gelder, die von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) stammen, nicht mehr für Informations- oder Bildungsarbeit einsetzen dürften.

Doch auch in den eigenen Reihen riss die Kampagne von «Kirche für Kovi» Gräben auf:

So sammelten sich die christlich motivierten Gegner*innen in einem «Ethik-Komitee gegen die KVI». Mitglied war unter anderen der Kirchenratspräsident der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Glarus, Ulrich Knoepfel, der mit *economiesuisse* in Kontakt stand.

Im Kanton Zürich, in dem die Kirchenleitung grundsätzlich positiv zur KVI eingestellt war, wurden die Kirchgemeinden kurz vor der Abstimmung durch ein Schreiben von Kirchenratspräsident Michel Müller überrascht: Er rief zur «Zurückhaltung im Abstimmungskampf» auf und teilte mit, dass das Aufhängen von Fahnen an kirchlichen Gebäuden verboten sei.

Keinen Grund für Verbote sahen hingegen die Verantwortlichen der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn: Dort hatte sich sogar der Synodalrat explizit für ein Ja zur Initiative ausgesprochen. Doch interne Debatten um diese Stellungnahme dauern bis heute an.

Welche «Kernkompetenz»?

Vergleicht man diese – und noch weitere – Auseinandersetzungen miteinander, stösst man auf ein Grundmuster. Die Kirchen seien öffentlich-rechtliche Institutionen und damit zu politischer Neutralität verpflichtet, so argumentierten die Jungfreisinnigen in ihrer Beschwerde. An einem Podiumsgespräch in Bern¹ spannte Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, den Bogen allerdings weiter: Die Kirchen sollten sich auf ihre «Kernkompetenz» beschränken, nämlich Predigt und Seelsorge. Das alte Stereotyp, mit dem die Kirchen schon immer zum Schweigen gebracht werden sollten, wurde auch von Christoph Blocher wieder aufgegriffen: In 31 Gratiszeitungen erschien vor der Abstimmung seine Kolumne *Politisierende Kirchen*, in der Blocher den Kirchenvertreter*innen riet, sich «auf die Auslegung des Wortes Gottes zu beschränken».²

Offenbar hat sich die bürgerliche Politik nicht gerade vertieft mit dem «Wort Gottes» beschäftigt. Jürg Liechti-Möri, Präsident der OeME-Kommission der Gesamtkirchgemeinde Stadt Bern, kommt jedenfalls zu einer anderen Auslegung: Schon während des Abstimmungskampfes hielt er den Jungfreisinnigen entgegen, dass der Einsatz für Menschenwürde sogar ein «Kern der christlichen Botschaft» sei. ●

○ Christine Voss, *1956, ist Journalistin in Zürich und Redaktorin der *Erwägungen*.
christine.voss@bluewin.ch

1 s. Fussnote S. 20.

2 Mehr dazu: Onlinemagazin *Das Lamm* (daslamm.ch) Artikel «*Politisierende Kirchen*», ein Gespenst mit rassistischem Erbe.

Gerechtigkeit ist keine Parteiparole

Viktor Hofstetter

Viele kirchlich Engagierte bekamen während und nach der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative harten Gegenwind zu spüren. Nicht nur aus der Politik, sondern teilweise auch aus den eigenen Kirchen. Ein Rückblick.

Ich kann mich nicht mehr erinnern, wann mich das Fieber des Engagements für die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) richtig erfasst hat. Aber ich erinnere mich immer wieder gerne an die vielen Momente, in denen wir in der Bewegung «Kirche für Kovi» unsere Gefühle der Begeisterung für dieses christliche Engagement, aber auch der Enttäuschung teilen durften. Es war eine lange Zeit von der Lancierung der Initiative am 21. April 2015 bis zur Volksabstimmung am 29. November 2020. Über sechzig Hilfswerke und NGOs waren bereits bei der Lancierung involviert, davon verschiedene aus kirchlichen und kirchen-nahen Kreisen. Im Laufe der Unterschriften-sammlung kamen immer mehr überzeugte Personen und kirchliche Gruppierungen dazu.

Während der Abstimmungskampagne gab es ein ständiges Auf und Ab der Gefühle, des Glaubens und des Zweifels, wie ich es von anderen grossen Momenten meines kirchlichen Engagements her kenne. Und doch gab es für mich keinen Zweifel: Das war der Höhepunkt in meinem jahrzehntelangen, weltweiten Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Alles was ich in dieser Zeit zur Kampagne beigetragen habe, gehört eindeutig zu meiner DNA als engagiertes Mitglied eines weltweit offenen Ordens, wie wir Dominikaner*innen es sein möchten.

Über Parteigrenzen hinweg

Mit desto mehr Unverständnis habe ich im Anschluss an die Abstimmung auf die Kritik aus manchen kirchlichen Kreisen reagiert. Was soll der Vorwurf: «Das Evangelium liefert keine Abstimmungsparolen»? Keine einzige seriöse Entscheidungshilfe für die Abstimmung argumentierte so. Niemand hatte gesagt, dass jemand, der dem wichtigen Anliegen der

Konzernverantwortungsinitiative zustimmen wolle, damit einer bestimmten Partei folge. Das war ja gerade das Eindrückliche am Abstimmungskampf: Immer mehr engagierte Menschen jeden Alters und über alle konfessionellen Grenzen hinweg waren überzeugt davon, dass die Initiative sinnvoll sei. Weil sie nämlich unseren staatlichen Gremien die nötige Kompetenz gegeben hätte, um Ungerechtigkeiten, die von internationalen Konzernen bei der Ausbeutung der Weltressourcen verursacht werden, vor Gericht zu bringen.

Für diese klare Vision gibt es unzählige Zeugnisse, auch direkt von den Initiant*innen. So sagte der Co-Präsident der KVI, Dick Marty, in einem Interview des Berner Pfarrblattes: «Es gibt Schweizer Konzerne, die in ganz fragilen Ländern operieren und sich dort wie Machthaber benehmen [...]. Es geht dabei [bei den geplanten Einschränkungen, Anm. der Redaktion] nur um gravierende Missachtung der Menschenrechte und Verletzung von international anerkannten Regeln unter anderem im Umweltschutz.»

Dialog mit der Wirtschaft?

An einer Podiumsdiskussion in Bern¹ sagte die Präsidentin der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS), Rita Famos: «Wir müssen den Dialog mit der Wirtschaft intensivieren und den sozialetischen Dialog auf allen Ebenen fördern, indem wir uns überlegen: Was für Gefässe gibt es, wo wir unsere Positionen diskutieren können?» Diese Argumentation empfinde ich als entmündigend für alle Christ*innen, die sich voll und ganz für die Kampagne engagiert haben. Die EKS-Präsidentin fordert etwas, das bereits in vielen Gremien von Gemeinden und vor allem von Hilfswerken praktiziert wird. Es braucht keine weiteren Diskussionen und auch keine neuen Gefässe.

Warum nur können manche Kirchenleitungen nicht begreifen, was Papst Franziskus den Vertreter*innen der Volksbewegungen immer wieder zuruft: «Nicht die Mächtigen und die Experten werden die Welt zum Guten verändern. Ihr alle könnt das, denn wir alle tragen Verantwortung für unsere Mutter Erde und für die Zukunft der ganzen Menschheit und keiner und keine kann sich davor dispensieren!»

Umstrittene orange Fahnen

Eine weitere Kritik an der erwähnten Podiumsdiskussion lautete: «Das Aufhängen von Fahnen an Kirchtürmen und -gebäuden für ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative war ein

Schritt zu weit.» Ehrlich gesagt, ich weiss nicht mehr, wann ich die erste orange Fahne auf Vorschlag eines Mitbruders vor meinem Fenster aufgehängt habe und wie lang sie an der Wand unserer Kirche und unseres Ordenshauses hing. Nur so viel kann ich sagen: Es war erstaunlich, wie viel Beziehung ein Stück Tuch nicht nur im Quartier, sondern auch in unserer Glaubensgemeinschaft geschaffen hat. Dazu kam für mich die eindrückliche Erfahrung: Wo immer ich in dieser Zeit unterwegs war, ob in einer engen Stadtgasse oder entlang eines Rebbergs – dort, wo die orange Fahne hing, wusste ich: Hier leben Menschen, die bereit sind, sich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen.

Die Fahnen an den Kirchtürmen und -gebäuden erschienen hingegen erst in den Monaten vor der Abstimmung. Und sie verkündeten noch eine andere Botschaft als die Fahnen an den Balkonen: In den oft so leeren Kirchen versammelten sich Gläubige und Nichtgläubige, die gemeinsam Feiern organisierten und bereit waren, miteinander darüber zu diskutieren, was eine Annahme der Initiative bedeuten könnte. Sie wussten alle: Der Kampf für mehr Gerechtigkeit würde mit der Abstimmung keineswegs zu Ende sein, das Engagement gegen die schreienden Ungerechtigkeiten in unserer heutigen Welt braucht einen viel längeren Atem. Das alles nur als politische Propaganda abzutun, zeigt mir, dass sich die Kritiker*innen der Kampagne wenig mit dem Thema befasst haben. Und wenn dann noch kirchliche Mitarbeitende gemassregelt wurden, weil sie ihre Kompetenzen überschritten hätten, frage ich mich schon: Was für ein Kirchenbild steht da dahinter?

Und schliesslich wurde auch immer wieder das Argument vorgebracht, man hätte missbräuchlich Steuergelder für die Kampagne eingesetzt. Eigentlich sagen die Zahlen genug dazu: «Der Verein KVI rechnete für die Abstimmungskampagne mit einem spendenfinanzierten Budget von 1,3 Millionen Franken.» Um die Gegenkampagne zu finanzieren, war nur schon der Wirtschaftsdachverband *economiesuisse* bereit, acht Millionen Franken zu investieren. ●

○ Viktor Hofstetter, *1942, ist Dominikaner und lebt in Zürich. Als früherer Provinzial der Schweizer Dominikaner setzte er sich unter anderem dezidiert für die Basisbewegungen in Lateinamerika, ein.
viktor.hof@vtxmail.ch

1 Im Rahmen des Polit-Forum Bern fand am 2.12.2021 ein Podiumsgespräch mit Vertreter*innen aus Kirchen und Politik statt. Unter dem Titel «Kirchen und Politik kontrovers: Wie weit darf das Engagement gehen?» wurde der Beitrag der Kirchen zur politischen Meinungsbildung, vor allem auch das Engagement für die KVI, kontrovers diskutiert.

«Wir wurden angelogen»

Nicole Maron

Nicole Maron kämpft dagegen an, dass die Ungerechtigkeit gegenüber dem Süden bei uns im Norden unter den Teppich gekehrt wird. Die in Peru lebende Journalistin hält fest, was sie vor Ort mit eigenen Augen sieht. Unter anderem mit dem Film *Das Blut des Flusses* (s. S. 22).

Was würden Sie tun, wenn man Sie aufforderte, Quecksilber ins Wasserglas eines Kindes zu träufeln? Ich gehe davon aus, dass Sie sich ohne zu zögern weigern würden. Doch was, wenn man Ihnen vorwirft, dass Sie durch Ihre Weigerung Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz gefährdeten? Dies klingt nach einer etwas absurden Argumentation, doch genau auf diese Weise versuchte der Bundesrat, seine Kampagne gegen die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) aufzuziehen. Schweizer Unternehmen würden sich in der überwiegenden Mehrheit verantwortungsvoll gegenüber Mensch und Umwelt verhalten, so Bundesrätin Karin Keller-Sutter an einer Medienkonferenz im Oktober 2020.

Die Realität sieht anders aus

Doch die Menschen, von denen hier die Rede ist, widersprechen Keller-Sutter mit Nachdruck. Dies hat sich im Rahmen der Dreharbeiten für unseren Dokumentarfilm *Das Blut des Flusses* in Espinar (Südperu) immer wieder gezeigt. «Früher gab es hier viele Tiere», sagt Carmen Chambi, die in der Gemeinde Alto Huanacán lebt. «Frösche, Wasservögel, Forellen und andere Fische, doch nun sind sie alle verschwunden.» Die vergifteten Gewässer stellen oft die einzige Wasserquelle der indigenen Gemeinden dar, welche dadurch einer hohen Schwermetallbelastung ausgesetzt sind. Dies hat schwerwiegende gesundheitliche Konsequenzen. «Sie lassen uns hier langsam sterben, und weder der Staat noch Glencore übernehmen Verantwortung für unsere Situation», klagt Chambi. «Wie die meisten hier habe ich fast dauernd Kopf- und Magenschmerzen. Ich fühle mich geschwächt und kann keine weiten Strecken mehr gehen. Unsere Kinder benötigen

regelmässig Medikamente und medizinische Behandlung, für deren Kosten wir selbst aufkommen müssen, da wir keine Krankenversicherung haben.»

Während des Abstimmungskampfes zur KVI wurde mir bewusst, mit welcher Selbstverständlichkeit sich viele Schweizer Politiker*innen auf die Seite der Wirtschaft stellen. Daher beschloss ich, zusammen mit meinem peruanischen Journalistenkollegen Vidal Merma, den anderen Teil der Realität zu dokumentieren und den Betroffenen vor Ort eine Stimme zu geben. Das ist das Mindeste, was wir tun können: nicht aufhören, über diese Missstände zu sprechen – und über die Mitverantwortung, die die Schweiz trägt. Tatsächlich haben bei den ersten Filmvorführungen in der Schweiz viele Menschen erstaunt reagiert: «Mit diesem Wissen hätte ich für die Konzernverantwortungsinitiative gestimmt», sagte etwa ein älterer Herr in Rapperswil. «Doch ich habe der Einschätzung des Bundesrates vertraut. Heute weiss ich, dass wir angelogen wurden.»

Berichterstattung wird verhindert

Doch die Gegenkampagne des Bundesrates endete nicht mit der – wenn auch knapp – verlorenen Abstimmung. Was darauf folgte, war eine regelrechte Hetzjagd gegen kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die KVI eingesetzt hatten. Einen Monat nach der Abstimmung gab Bundesrat Ignazio Cassis bekannt, dass NGOs künftig keine Deza-Gelder mehr für Kampagnen und Sensibilisierungsarbeit einsetzen dürfen. Ob so verhindert werden soll, dass hierzulande bekannt wird, welche Schäden die Schweizer Politik und Wirtschaft im Ausland anrichten? Das Katholische Medienzentrum kath.ch hat es damals gut auf den Punkt gebracht: «Ein Hilfswerk darf zwar weiterhin afrikanische Bäuerinnen im Gewinnen von traditionellem Saatgut unterstützen, in der Schweiz aber keine Veranstaltungen mehr durchführen, die die Macht multinationaler Konzerne über die Landwirtschaft im südlichen Afrika beleuchten.»

Während meiner jahrelangen Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit bin ich zum umgekehrten Schluss gekommen: Der Ansatz «Armut vor Ort bekämpfen» ist genauso illusionär und arrogant wie die Forderung «Fluchtursachen vor Ort bekämpfen». Denn die Gründe für Armut in den sogenannten Entwicklungsländern liegen nicht primär in dortigen Unfähigkeiten, sondern in den globalen Strukturen, die bis heute auf einem Modell der Ausbeutung aufbauen.

Nicht aufhören, darüber zu sprechen

Deshalb dürfen wir nicht aufhören, diese Probleme zu thematisieren. Solange es Menschen gibt, die die Vertreter*innen von Politik und Wirtschaft an ihre Verantwortung erinnern, kann sich niemand mit der faulen Ausrede «Davon habe ich nichts gewusst» aus der Affäre ziehen. Die Sache ist erst verloren, wenn niemand mehr darüber spricht. Und für die Menschen in Espinar und anderen Regionen des Globalen Südens ist es von grosser Bedeutung, zu wissen, dass es in der Schweiz eine Zivilgesellschaft gibt, die sich für sie einsetzt.

Von einem Sessel in Bern aus ist es einfach, wegzuschauen und Entscheidungen zu treffen, die Leben zerstören können. Deshalb möchte ich Herrn Cassis und Frau Keller-Sutter mit Nachdruck nach Espinar einladen. Sollen sie den Müttern, deren Babys aufgrund des Bergbaus an Leberzirrhose oder Niereninsuffizienz gestorben sind, ins Gesicht sagen, dass deren Leben für sie weniger Wert hat als der Wohlstand von Herrn und Frau Schweizer! ●

- Nicole Maron ist Schweizer Journalistin und lebt seit 2017 in Bolivien und Peru. Bis 2020 war sie dort für die Entwicklungsorganisation Comundo im Einsatz, anschliessend selbständig tätig in verschiedenen Projekten. Seit 2021 arbeitet sie zusammen mit peruanischen NGOs zur Bergbauproblematik in Espinar. nicole@maron.ch, maron.ch
Mehr zum Film: s. Filmbesprechung Seite 22.

Verheerendes Wirken von Glencore

Esther Gisler Fischer

Am 20. Mai 2022 zeigte die Journalistin Nicole Maron im Saal der Pfarrei Maria-Lourdes in Zürich-Seebach ihren eindrücklichen Film *Das Blut des Flusses* – einen Dokumentarfilm über die Tätigkeit des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore in Peru. Maron hat den Film gemeinsam mit dem peruanischen Journalisten Vidal Merma gedreht.

Der Film zeigt mittels Interviews mit Betroffenen aus indigenen Gemeinschaften und Expert*innen von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen die verheerenden Auswirkungen des Tagbaus in der peruanischen Provinz Espinar, welche 200 Kilometer südlich von Cusco liegt. Dort baut der Schweizer Rohstoffmulti Glencore mit Sitz im zugerischen Baar Kupfer ab. Aufgezeigt werden im Film sowohl die Situation vor Ort als auch die globalen Zusammenhänge und die Mitverantwortung der Schweiz. Die in Espinar ansässige Bevölkerung sowie deren Wasser und Böden sind schwer belastet mit Substanzen wie Arsen und Quecksilber. Krankheiten sind die Folge.

Zu Wort kommt auch der ehemalige Bürgermeister von Espinar, Oscar Mollohuanca: Jahrzehntlang hatte er an vorderster Front gegen Glencore und dessen Vorgängerunternehmen Xstrata gekämpft. Und dafür, dass den Einwohner*innen der Region ihre Grundrechte gewährt werden: Zugang zu sauberem Trinkwasser und medizinischer Versorgung sowie eine Umwelt ohne Kontamination durch den Bergbau. Nicole Maron erzählte am Abend der Filmvorführung, dass Oscar Mollohuanca Anfang März auf einem Hügel in der Nähe seines Hauses tot aufgefunden wurde. Er trug Spuren von Verletzungen und Schlägen; doch wurde die Todesursache bislang nicht geklärt. Die Behörden äusserten den Verdacht, ein Stier könnte ihn angegriffen haben, doch die Bevölkerung von Espinar sowie die Familie des Getöteten zweifeln an dieser Theorie. Sie gehen vielmehr davon aus, dass er Opfer eines Verbrechens wurde. Denn Feinde hatte er viele.

Nicole Maron hatte letztes Jahr die Gelegenheit, den Bürgermeister für ihren Film zu interviewen. «Glencore hat hier vor Ort immense Umweltschulden, die wir gar nicht in ihrer Gesamtheit aufrechnen können. Wir hoffen, dass diese Schulden eines Tages bezahlt werden», sagte er als Antwort auf die Aussage der Schweizer Justizministerin Karin Keller-Sutter, die im Rahmen der Gegenkampagne zur Konzernverantwortungsinitiative behauptet hatte: «Schweizer Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie investieren in dortige Infrastruktur und schaffen Arbeitsplätze, und die überwiegende Mehrheit verhält sich dabei verantwortungsbewusst gegenüber Mensch und Umwelt.»

So ist der Film eine eindrückliche Dokumentation, aber auch eine Anklage und ein Appell: Er zeigt nicht nur die Auswirkungen vor Ort auf, sondern thematisiert auch die Mitverantwortung der Schweiz als Sitz von transnationalen Konzernen wie Glencore und fordert, dass die Schweizer Regierung sowie die Unternehmen endlich Verantwortung übernehmen. Das Engagement der Zivilbevölkerung ist unabdingbar, um weiterhin politischen Druck auszuüben. Und dies gemeinsam in solidarischer Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd.

Ausserdem macht der Film deutlich, dass das globale Wirtschaftssystem auch heute noch in postkolonialer Weise auf Ausbeutung basiert; denn die im Süden geförderten Rohstoffe werden in erster Linie im Norden konsumiert – im Fall der Metalle landen sie in unseren Computern, Handys, Batterien oder Autos. Die Kosten für Umweltzerstörung und Verletzung von Menschenrechten hingegen werden den Menschen vor Ort aufgebürdet.

Mit ihrem Dokumentarfilm hat die Filmemacherin in meinem Kopf und Herzen etwas bewegt. Es ist ihm ein interessiertes Publikum zu wünschen! ●

- Nicole Maron, Vidal Merma: *Das Blut des Flusses*
Der Film wird demnächst auf YouTube verfügbar sein. Im Herbst sind weitere Vorführungen in der Schweiz geplant. Mehr dazu: maron.ch
Wer selber eine Filmvorführung organisieren will, kann Nicole Maron direkt kontaktieren: nicole@maron.ch
- Esther Gisler Fischer, *1968, ist Pfarrerin in Zürich-Seebach und Teil der Redaktion der *Neuen Wege*.
esther_gisler@bluewin.ch

Warum brauchen wir eine Theologie von unten links?

Esther Gisler Fischer

Den Blick «von unten links» einnehmen: Das ist für die reformierte Pfarrerin Esther Gisler Fischer keine parteipolitische Entscheidung, sondern ein Zurückgehen zu den Ursprüngen des Christentums.

Wenn ich eine Weltkarte anschau, dann sehe ich unten links die Umrisse Südamerikas: eines Kontinents, der laut gängiger Geschichtsschreibung von europäischen Seefahrern im 15. Jahrhundert «entdeckt» worden ist. Als ob es den Kontinent und seine Bewohner*innen nicht schon vorher gegeben hätte! Diese Darstellung unserer Welt ist Ausdruck eines Eurozentrismus und kolonialer Denkweise, welche bis heute unbewusst unsere Auffassung bestimmen und uns ein Wirtschaftsmodell beschert haben, welches auf der Ausbeutung von Natur und entfernt lebenden Menschen beruht.

Das Stichwort «unten links» bedeutet für mich, die vermeintlich als universell angesehenen Zuschreibungen von «Norden» und «Süden», «Oben» und «Unten» aufzuweichen und im Rahmen eines dekolonialen Denkens zu entkräften. Das gilt für mich ganz besonders auch für die Theologie: «Unten links» ist der Ort, von dem aus eine befreiende Theologie ihren Ausgang nehmen soll. Denn: Im Lauf der Geschichte wurde aus der prophetisch-messianischen Jesusbewegung eine imperiale Christenheit, die sich auf die Seite der Mächtigen stellte. Jesus, der das Reich Gottes verkündet hatte und deswegen Opfer der Pax Romana wurde, wandelte sich zum Christus ohne Reich Gottes. Als Pantokrator – Weltenherrscher – wurde er Garant der damals bis heute herrschenden Imperien. Dieses Verständnis wurde zum Kennzeichen der imperial-kolonisierenden Christenheit.

Gott auf der Seite der Armen

Doch es gab auch immer wieder Gegenbewegungen: In den 1960er Jahren entstand in den lateinamerikanischen Kirchen die «Theologie der Befreiung», welche die «Option für die Armen» als theologisches Grundprinzip hatte.

Die besondere Parteinahme für die Armen wurde betont und dies aufgrund des biblischen «Ersten Bundes» von Moses am Sinai und dessen Prophetien für die Witwen und Waisen. Bezug genommen wurde auch auf Texte wie die Seligpreisungen der Bergpredigt und das Welt- und Heilsethos, welches in Jesu Worten und Handlungen zum Ausdruck kommt. Gott selbst hat, so die Befreiungstheologie, eine Entscheidung zugunsten der Armen getroffen.

Im reformierten Christentum ist die «Reich-Gottes-Idee» vor allem im Religiösen Sozialismus präsent. Auch da werden die Marginalisierten als Subjekte des Heilsprozesses ernst genommen.

Und schliesslich rief der Ökumenische Rat der Kirchen im Jahr 1988 die «Dekade der Kirchen in Solidarität mit den Frauen» aus. Sie basierte auf der Erkenntnis, dass Frauen in Kirche und Welt nach wie vor diskriminiert werden und ihnen oft nicht die gleichen Rechte zustehen wie den Männern. Diese Art des Theologisierens, bei dem Frauen als Subjekte wahrgenommen werden, wurde für mich persönlich sehr wichtig. «Unten links»: Nicht der geografische Ort war in dieser Formulierung ausschlaggebend, sondern der gesellschaftliche und politische. Immer deutlicher wurde auch der Zusammenhang zwischen den Frauen und der Schöpfung. Der Respekt vor der Würde der Frauen und vor der Würde der Erde gehören eindeutig zusammen. Beiden eine Stimme zu verleihen, ist Ziel der feministischen Ökonomie.

Mit Blick auf das Reich Gottes

Es braucht eine Theologie von «unten links», um die «gefährliche Erinnerung» an Jesus von Nazareth wachzuhalten. Es braucht das prophetische Wächteramt. Und seriös kann eine solche Theologie nur betrieben werden, wenn dies aus dem Blickwinkel der Marginalisierten geschieht, und jener, die entweder keine Stimme haben oder deren Stimme nicht gehört wird.

Von «unten links» betrachten befreiende Theologien die Welt und ihre Machtstrukturen im Hinblick auf die biblische Vision des Reichs Gottes.

Dazu ist unabdingbar, dass die Theologie in gesellschaftlichen Fragen wieder sprachfähig wird: dass Menschen, die diese Theologie betreiben, in den heutigen gesellschaftlichen Entwicklungen engagiert sind und Welt und Theologie in einen fruchtbaren Dialog bringen. ●

- Esther Gisler Fischer, *1968, ist Pfarrerin in Zürich-Seebach und Teil der Redaktion der Neuen Wege. esther_gisler@bluewin.ch

Stachel in der Gesellschaft sein

Daniel Winkler

Für den reformierten Pfarrer Daniel Winkler bedeutet der Blick «von unten links», die Situation jener Menschen zu sehen, die in Nothilfestrukturen leben.

Seit Jahren bin ich in der Flüchtlingsarbeit engagiert und setze mich dabei besonders für Langzeitfälle in der Nothilfe ein. Dabei beschäftigt mich immer wieder die Frage, welche Rolle die Kirchen bei diesen prekären Vorgängen einnehmen. Mir fällt auf, dass viele Menschen, auch jene in den Kirchen, nicht wissen, was Nothilfe bedeutet und was Menschen in Nothilfestrukturen erleben.

Leben als Illegale

In der Politik wird von «Nothilfe» gesprochen, wenn es um Asylsuchende geht, die abgewiesen wurden und dennoch nicht ausreisen oder nicht ausreisen können. Sie landen in sogenannten Rückkehrzentren, wo sie behördlich registriert werden. Wenn sie die Frist verstreichen lassen, die ihnen zur Ausreise gesetzt wurde, leben sie ab diesem Zeitpunkt als Illegale in unserem Land. Sie erhalten einen Beitrag an die Lebenskosten, der je nach Kanton einem Viertel oder einem Drittel des Sozialhilfebetrags entspricht. Sie dürfen sich weder ausbilden noch arbeiten, können jederzeit für ihren illegalen Aufenthalt gebüsst oder verhaftet werden und kaum am gesellschaftlichen Leben partizipieren. Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) hat für den Status dieser Gruppe den Begriff der «regulären Illegalität» entwickelt.

Die Politik geht davon aus, dass abgewiesene Asylsuchende sich selbst aus dieser prekären Situation befreien könnten, indem sie aus der Schweiz ausreisen. Ist das so einfach? Bei einer Vielzahl von Personen ist die Rückreise massiv erschwert, da in den Herkunftsländern minimale rechtsstaatliche Strukturen fehlen. Asylsuchende aus dem Tibet reisen nicht nach China zurück. Abgewiesene aus Eritrea, eine der grössten Flüchtlingsgruppen in der Schweiz, kehren nicht freiwillig in die repressive Diktatur zurück. In Äthiopien

herrscht noch immer Bürgerkrieg. Die Situation im Irak, Iran und in Afghanistan ist prekär.

Angstreflex der Kirchen

In den Kirchen und Kirchenleitungen ist durchaus viel Einsatz für anerkannte Flüchtlinge zu finden. Die aktuelle Frage des Nothilferegimes hingegen erhält wenig Aufmerksamkeit. In der Regel wird das Narrativ unserer Behörden übernommen: Diese Menschen hätten nach individueller und sorgfältiger Prüfung einen negativen Entscheid unserer Asylbehörden erhalten und sollten deshalb bitte unser Land verlassen.

Mein Eindruck ist, dass das sozial- und asylpolitische Engagement unserer Kirchen in den letzten zwei Jahren am Erodieren ist. Die Konzernverantwortungsinitiative und die darauffolgenden Angriffe auf die Kirchen waren so etwas wie eine Scharnierstelle für diese Entwicklung. Seither fürchten sich die Kirchen davor, bei zu viel sozialpolitischem Einsatz in die linke Ecke gestellt zu werden.

Dieser Angstreflex ist aber ein fataler Fehler. Eine Parteinahme für die Schwächsten ist parteipolitisch unabhängig. Wenn einer Gesellschaft der moralische Kompass abhandenkommt, sind unsere Kirchen gefordert, die Orientierung wieder einzufordern. Nicht alles, was demokratisch entschieden wird, ist menschenrechtsverträglich. Von dem Zeitpunkt an, in dem Grundrechte verletzt werden, ist eine Intervention aller denkbaren Kräfte einer Gesellschaft, insbesondere auch der Kirchen, erforderlich.

Heute aber scheinen viele Kantonalkirchen nur noch mit sich selbst beschäftigt zu sein. Finanzfragen entwickeln ein Eigenleben, das die eigentlichen Schlüsselthemen zu ersticken droht. Repräsentationsfragen hindern die Kirchen daran, ein Stachel in der Gesellschaft zu sein. Wenn Kirchen sich nicht mehr vertrauen, den Mehrheitsparteien auf die Füsse zu stehen, haben sie sich, wie häufig in ihrer Geschichte, mit den Mächtigen gemeingemacht. Unsere Kirchen sollen aber Partei ergreifen. Nein, nicht für eine politische Partei! Sondern für die Schwächsten unserer Gesellschaft, seien es Sozialhilfebeziehende oder marginalisierte Gruppen, Geflüchtete oder abgewiesene Asylsuchende, die in menschenverachtenden Strukturen zugrunde gehen. ●

○ Daniel Winkler, *1967, ist reformierter Pfarrer in Riggisberg im Kanton Bern. Er setzt sich unter anderem mit der «Aktionsgruppe Nothilfe» für Langzeitfälle in der Nothilfe ein.

dawi@bluewin.ch

Kirche, die Partei ergreift

Christoph Albrecht

Die Arbeitsgruppe «Kirche? Nord-SüdUntenLinks» bietet einen Ort, an dem an einer «Theologie von unten» gearbeitet wird. Ein Einblick, insbesondere in den Schwerpunkt der Arbeit mit Geflüchteten.

Als ich im Jahr 2013 auf die Gruppe «Kirche? NordSüdUntenLinks» (KNSUL) gestossen bin, wusste ich sofort: Das ist es, was ich seit Jahren suche. Hier geht es um Austausch, Anregung und gemeinsamen Einsatz für eine Kirche, die sich mit den Benachteiligten global und lokal solidarisiert. Es geht um eine Kirche, die bestehende Unrechtsstrukturen im Namen der befreienden Botschaft Jesu beim Namen nennt. Und um eine Kirche, die diejenigen oben rechts herausfordert, denjenigen unten rechts die Gefahren jeglicher Art von Faschismus aufzeigt und diejenigen oben links – zu denen ich selbst auch gehöre – beim Wort nimmt und ihnen konkrete Wege zum Einsatz mit den nach unten Gedrückten zeigt. Im Übrigen finde ich die Einteilung von Menschen nichts Gutes. Aber die politische Verortung kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen und Strömungen bedeutet ja noch keine Schubladisierung von Menschen.

Drei Projekte unter einem Dach

Aus den KNSUL-Treffen gingen denn auch verschiedene Projekte und Bewegungen hervor, welche die vorher erwähnten Anliegen umsetzen: Die erste Aktion war die Veröffentlichung einer Migrationscharta (migrationscharta.ch), aus der das gleichnamige Netzwerk entstand mit Tagungen zu Themen wie Kirchenasyl oder mit der schweizweiten Vernetzung der regionalen Solidaritätsnetze (solinette.ch). Das Netzwerk Migrationscharta regte auch die kirchliche Beteiligung an einem von der deutschen Evangelischen Kirche bezahlten Rettungsschiff an sowie Stellungnahmen der Kirchenleitungen zu migrationspolitischen Themen.

Mit der Aktion «Kirche gegen Frontex» bündelte das Netzwerk im letzten Herbst, allerdings erfolglos, die kirchliche Beteiligung am Referendum gegen den kritiklosen Ausbau

der europäischen Grenzschutzagentur. Diese Aktion war ihrerseits inspiriert gewesen durch die Gruppe «Kirche für Kovi», die sich ebenfalls in KNSUL-Treffen konstituiert hatte und die Mobilisierung der Kirchen für die Konzernverantwortungsinitiative voranzutreiben versuchte.

Auf die letzten neun Jahre zurückblickend denke ich: Ohne KNSUL wären diese Netzwerke und Aktionen nicht entstanden. KNSUL hat indirekt auch viele kirchlich Engagierte zusammengebracht und den Kirchen in den oben genannten Themen zu einem Gesicht verholfen. Und sie ist auch der Ort, an dem wir an der Basis an jenen Themen weiterarbeiten können, zu denen die Kirchenleitungen oft schweigen.

«Zeichen der Zeit» erkennen

Dennoch frage ich mich, wie sich die Kirchen punkto sozialer Gerechtigkeit noch klarer im Sinne ihrer Grundoptionen positionieren könnten. Wie könnte KNSUL wirklich zu einer Umkehrung problematischer gesellschaftlicher Trends beitragen? Natürlich müssen wir nicht jede positive Trendkorrektur ausgerechnet von den Kirchen erwarten. Ebenfalls bedeutet nicht jede neue Situation schon eine Trendwende. Und doch gibt es Vorgänge, die wir als Zeichen der Zeit erkennen können.

Ein Beispiel: Die von der Migrationscharta im Sommer 2015 angeregte Neukonzeption der Migrationspolitik wurde damals von vielen als Träumerei kritisiert und pauschal abgelehnt. Nun, mit den Menschen aus der Ukraine, erweist sich ein unbürokratischer und von echtem Willkommen geprägter Umgang mit den Geflüchteten plötzlich als machbar. Dieser Umgang wird von fast sämtlichen Asylorganisationen, Solidaritätsgruppen, Kirchenleitungen und breiten Teilen der Bevölkerung begrüsst. Das ist wunderbar! Und es bestätigt die praktische Bedeutung der biblisch-theologisch-ethisch begründeten Argumentation der Migrationscharta. Nun gilt es zu begreifen, dass der gleiche positive Umgang mit den Menschen, die aus den Kriegen und Katastrophen anderer Länder fliehen, absolut sinnvoll wäre.

Wieso ein solcher Umgang als grundlegende Orientierung für jede Migrationspolitik gelten sollte, hat das Netzwerk Migrationscharta im Winter 2022 noch einmal neu in sechs Punkten formuliert: Sie sollen hier, leicht gekürzt, noch einmal aufgeführt werden (s. auch migrationscharta.ch).

Sechs Säulen für ein menschenwürdiges Zusammenleben

1. Menschenwürde und Menschenrecht

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.» So beginnt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO von 1948. [...] Dieser Konsens ist die Basis für Gerechtigkeit und Frieden zwischen den Völkern, zwischen allen Mehr- und Minderheiten, gesellschaftlichen Gruppierungen, Religionen, Weltanschauungen und politischen Interessengruppen innerhalb einer Bevölkerung. Menschenwürde und Menschenrecht lassen sich auch in allen Religionen theologisch kohärent herleiten.

2. Recht und Gerechtigkeit

Was gerecht wäre, erkennen wir am deutlichsten, wo unser Gerechtigkeitsempfinden durch die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit verletzt wird. Die Rechtsprechung wie auch deren Umsetzung erreichen im besten Fall nur annähernd, was die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in ihren 30 Artikeln an Gerechtigkeit fordert. Dennoch gehört es zu jedem Rechtsstaat, den Zugang zu den dort formulierten Grundrechten allen Menschen zu gewähren, die in seinem Einflussbereich leben. Auch theologisch lässt sich keine Gottesrede rechtfertigen, die den Anspruch der Gerechtigkeit ignoriert.

3. Teilhabe und Solidarität

Die erste Erfahrung eines Menschen ist, in Beziehungen hineingeboren zu werden. Zugehörigkeit zu Familie, Gemeinschaft, Gesellschaft ermöglicht die Entwicklung der menschlichen Person. Jeder Mensch hat das Recht, zur menschlichen Gemeinschaft dazuzugehören. In der darin erlebten Solidarität wird die universale Geltung der Gerechtigkeit als Menschenpflicht konkret: Jeder Mensch steht vor dem Anspruch, anderen das menschenwürdige Dasein ebenso zu ermöglichen, wie er es für sich selbst erhofft. [...] Die biblische Botschaft rückt die Opfer jeglicher gesellschaftlicher Ausgrenzungsmechanismen ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

4. Eigenständigkeit und Selbstentfaltung

Die in der Selbstentfaltung gewonnene Eigenständigkeit ist niemals losgelöst von der Solidarität mit den anderen. [...] In einem Rechtsstaat sind die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen darauf ausgelegt, die Menschen vor knechtenden Abhängigkeitsverhältnissen zu schützen, beziehungsweise sie daraus zu befreien und ihre Eigenständigkeit zu fördern. [...] Die biblische Grunderfahrung ist der Anruf Gottes, der aus der Sklaverei heraus in Freiheit und Mitverantwortung führt.

5. Bewegungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit

Zugang zu den Grundrechten ist nicht allerorts möglich. Die UNO-Flüchtlingskonvention von 1951 mit dem ergänzenden «Protokoll über die Rechtsstellung von Flüchtlingen» von 1967 ist bis heute zwar das wirksamste Instrument, um von den 149 Unterzeichnerstaaten verbindlichen Schutz für Geflüchtete einzufordern. Sie geht aber nicht genug weit, um die universale Geltung der Grundrechte umzusetzen. Jeder Mensch hat das Recht, einen Ort zu suchen, wo er Zugang zu den Grundrechten findet [...]. Dazu braucht es die Anerkennung der Bewegungsfreiheit und der Niederlassungsfreiheit. Vertreibung, Flucht und Suche nach neuer Heimat gehören zur biblischen Urerfahrung – Schutz und Aufnahme der Fremden sind zentrales Gebot.

6. Willkommenskultur und Heimatschutz

Im besten Fall wird der neue Ort zu einer neuen Heimat, in der ein geflüchteter oder ausgewandeter Mensch nicht nur die Möglichkeit zum konstruktiven Mitwirken hat, sondern von der aus er auch ein Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in seiner ursprünglichen Heimat eingehen kann. Das Bewusstsein der universalen Geschwisterlichkeit schreit nach gleicher Freiheit und gleichen Rechten für alle Menschen und führt zu einem Verständnis für den Wert der Heimat, das die globale Perspektive und die lokalen Bedürfnisse nicht gegeneinander ausspielt. «Gott schütze unsere Heimat» – weltweit! ●

- Christoph Albrecht, *1966, ist Jesuit in Zürich und TheBe-Mitglied. Er arbeitet seit zwölf Jahren für den Jesuiten-Flüchtlingsdienst Schweiz.
christoph.albrecht@jesuiten.org

Gegen das Schweigen der Kirchen Ein Manifest – zur Diskussion

Pierre Bühler

«Wir, die Kirchenbasis, wollen nicht schweigen, wenn es um Ungerechtigkeit in Wirtschaft und Politik geht» – so das Fazit eines Treffens der Arbeitsgruppe «Kirche? NordSüdUntenLinks» (KNSUL). Auf Anfrage von KNSUL hat der Theologe Pierre Bühler ein Manifest für eine nächste Diskussion vorbereitet.

Das intensive Engagement der Kirchen für die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) im Herbst 2020 hat viele, teils sehr heftige Reaktionen in Gesellschaft und Kirchen ausgelöst, bis hin zu einer rechtlichen Abstimmungsbeschwerde. Das hat die Kirchen verunsichert, sodass sie sich oft nicht mehr getrauen, sich zu sozialpolitischen Fragen zu äussern, vor allem, wenn sie brisant sind. Dieser «Angstreflex» wird noch dadurch gefördert, dass die Kirchen in letzter Zeit oft vor allem mit sich selbst, ihren Strukturen und Finanzen beschäftigt sind und bei heiklen Themen um ihre immer weniger werdenden Mitglieder bangen. Um dieses gefährliche Schweigen zu bekämpfen und die Kirchen zu mehr Äusserungsfreiheit zu ermutigen, seien hier einige grundlegende Perspektiven zum Thema «Kirche und Politik» zur Diskussion vorgelegt.

1. Das griechische Wort *polis* bezeichnet das *Stadtwesen*, und von dort her auch das *Staatswesen*. In diesem Sinne ist *Politik* die Gestaltung des Zusammenlebens im öffentlichen Raum. Da die Kirchen Teil der Zivilgesellschaft sind (in der Schweiz meistens als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt) *können sie gar nicht nicht-politisch sein*. Sie sind es auch, wenn sie behaupten, Kirche habe nichts mit Politik zu tun, oder wenn sie sich auf ihren sogenannten Kernauftrag konzentrieren wollen. Wie die Kommunikationstheorie gezeigt hat, ist Nichtssagen keine vermeintliche Neutralität, sondern ebenfalls eine Kommunikation («Es ist uns recht, so wie es ist»; «Wir lassen doch lieber andere machen»; «Wir sind jetzt mit Wichtigerem befasst» und so weiter).

Dass die Kirchen gar nicht nichtpolitisch sein können, hat damit zu tun, dass ihr Kernauftrag, die Verkündigung und Bezeugung des Evangeliums in vielfältigen Formen (Gottesdienst, Predigt, Unterricht, Seelsorge, Diakonie und so weiter), immer schon *gesellschaftsrelevant* ist.

2. Freilich muss gleich betont werden, dass es nicht darum geht, das Politische religiös zu besetzen; in den modernen demokratischen Rechtsstaaten vollzieht sich die politische Verantwortung in einem säkularen Raum, der auch säkular bleiben muss. Darin haben die Kirchen eine Stimme zu vertreten, eine Stimme unter anderen, aber auch eine Stimme mit anderen, wenn es zu Bündnissen kommen kann (so etwa die kirchlich verwurzelten NGOs mit anderen NGOs zusammen bei der Lancierung der KVI).

3. Als Erste tragen die Christinnen und Christen in ihrem freien Gewissen die Verantwortung, aus ihrer Glaubensmotivation heraus ihre politischen Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen. Die Kirchen können ihnen diese bürgerliche Verantwortung nicht abnehmen, sondern sie ihnen immer wieder bewusst machen. Sie unterstützen sie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung, indem sie ihnen Orte des Austausches anbieten, in denen die sozialpolitischen Implikationen des Evangeliums erörtert werden können. Kirchen sorgen dafür, dass ihre Mitglieder in ihrer unterschiedlichen Art, politische Verantwortung wahrzunehmen, möglichst fruchtbar miteinander ins Gespräch kommen, ohne sich vor Auseinandersetzungen zu scheuen, denn zur Demokratie gehört eine gesunde Konfliktkultur. Damit verbindet sich kein Urteil über bessere und schlechtere Christinnen und Christen; schlechte Christinnen und Christen sind höchstens solche, die ihre politischen Aufgaben vernachlässigen und sich aus Gleichgültigkeit ihrer Stimme enthalten.

4. Diese politische (Meinungs-)Bildungsarbeit soll nicht nur nach innen geschehen: Die Mitglieder sollten dabei anderen Menschen, mit anderen Meinungen, begegnen,

Mitgliedern anderer Kirchen, aber auch Kirchenfernen, Konfessionslosen. In diesem Sinne sind Kirchen keine politischen Parteien und geben keine Parolen heraus, die ihre Mitglieder befolgen sollten. Sie greifen also auch nicht in das parteipolitische Tagesgeschäft ein.

5. Es gibt jedoch politische Entscheidungen, die nicht einfach parteipolitischer Natur sind, sondern eine tiefere Relevanz haben, in Hinsicht auf Grundwerte und Grundnormen, welche die Auffassung des Zusammenlebens überhaupt betreffen (das war bei der Abstimmung über die KVI der Fall). Bei solchen grundsätzlichen Fragen sind die Kirchen substantiell betroffen und haben deshalb ihre Stimme hören zu lassen. Es liegt dann in ihrer Verantwortung, genau zu überlegen, wo, wann, wie, in welchem Ausmass, mit welcher Intensität und mit welchen Mitteln (etwa mit Fahnen an Kirchtürmen!) sie das jeweils tun wollen. Sie sollten sich dabei nicht mit finanziellen Argumenten unter Druck setzen lassen; anvertrautes Geld darf verantwortlich gebraucht werden.

6. Als kritischer Massstab kann folgende Regel gelten: Wenn das gesellschaftlich-politische Zusammenleben als solches gefährdet ist, dürfen die Kirchen nicht bei ihrer Bildungsarbeit bleiben, sondern müssen als Institution Stellung beziehen, die Probleme beim Namen nennen und ihre theologisch-politische Überzeugung zum Ausdruck bringen. Sie sind also genau dann besonders gefragt, wenn es heikel wird.

Wer hier als «die Kirche» spricht, ist dann klar zu bestimmen; es darf nicht verallgemeinernd in Anspruch genommen werden, sondern muss von Fall zu Fall als konkrete Instanz in konkreter Situation bezeichnet werden (eine gesamtschweizerische Kirchenleitung, eine kantonale Kirchenleitung, eine Kirchgemeinde, eine kirchliche Gruppierung und so weiter).

7. Um diesen kritischen Massstab zu konkretisieren, seien hier einige Beispiele angegeben.

a) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn die demokratischen Prinzipien hintergangen werden, weil andere Interessen, etwa wirtschaftliche, die sozialpolitischen Prozesse dominieren und den Machtverhältnissen zu freien Spielraum lassen.

b) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn politische Entscheidungen menschliche Grundrechte verletzen. Was demokratisch entschieden wird, ist noch lange nicht menschenrechtskonform. Im Asylrecht hat sich die Schweiz seit Jahren mit Menschenrechtsverletzungen arrangiert; und dazu schweigen die Kirchen.

Alle sind sich einig, dass an den Ausseengrenzen Europas schlimme Menschenrechtsverletzungen stattfinden, und trotzdem wird die schweizerische Finanzierung von Frontex mit einer Dreiviertelmehrheit bedingungslos «abgesegnet»; und dazu schweigen die Kirchen.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar, und dazu sollten die Kirchen bedingungslos stehen.

c) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn politische Entscheidungen Umweltzerstörung ignorieren oder bewusst in Kauf nehmen.

Junge umweltbewusste Aktivist*innen werden wegen ihrer harmlosen Aktionen rechtlich bestraft, während Banken und Versicherungskassen ihre Finanzierung von umweltschädlichen Rohstoffen unbestraft fortführen dürfen; dazu schweigen die Kirchen.

d) Kirchliche Stellungnahmen sind gefragt, wenn schwache, kleine, recht- und stimmlose Menschen ausgegrenzt werden. Indem die Kirchen für die Schwächsten Partei ergreifen, ihre Würde verteidigen und für sie eintreten, handeln sie parteipolitisch unabhängig.

Hingegen handeln sie verfassungskonform, im Bewusstsein, «dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen» (Präambel). Noch klarer ist die französische Fassung: «que la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres» (dass die Stärke der Gemeinschaft sich misst am Wohl des Schwächsten ihrer Mitglieder).

8. In solchen Fällen müssen die Kirchen ein *prophetisches Wächteramt* ausüben – nicht aus hoher Warte, sondern im kritischen Gespräch mit den staatlichen Behörden –, indem sie «in der Ausrichtung aller Lebensbereiche am Evangelium [...] für die Würde des Menschen, die Ehrfurcht vor dem Leben und die Bewahrung der Schöpfung» eintreten (Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich, 2009, Art. 4,2). Ergänzend: «Die Landeskirche nimmt das prophetische Wächteramt

auch in ihrem diakonischen und seelsorgerlichen Handeln wahr. Sie benennt Ursachen von Unrecht und Leid. Sie wirkt mit beim Suchen von Lösungen und stellt sich in den Dienst der Vermittlung» (a. a. O., Art. 65,4).

Für dieses Wächteramt haben sich die Kirchen mit dem konziliaren Prozess «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» einen wichtigen Bezugsrahmen gegeben (VI. Vollversammlung des ÖRK, Vancouver, 1983).

9. Wenn alle rechtlich gewährten Wächteramtshandlungen ausgeschöpft sind, können die Kirchen in die Lage kommen, nicht nur «die Verantwortlichmachung des Staates» und den «Dienst an den Opfern des staatlichen Handelns» zu pflegen, sondern im Extremfall dem Rad des Staates «in die Speichen zu fallen» (D. Bonhoeffer, *Die Kirche vor der Judenfrage*, DBW 12, S. 353). Das heisst etwa: dem Staat gegenüber zivilen Ungehorsam ausüben, gewaltlose illegale Handlungen vollziehen (zum Beispiel Kirchenasyl), im Sinne kritischer Loyalität, die den Staat bei seinen rechtlich-ethischen Verpflichtungen behaftet.
10. Unten links liegt oft all das, was einem unangenehm ist, was man lieber verdrängen möchte, weil es stets Schatten wirft auf unsere schönen Einrichtungen, wo alles schön und gut läuft, nach oben rechts tendierend. Deshalb bedarf es einer Kirche von unten links, als eines nötigen Störenfrieds, der stets die «gefährliche Erinnerung» an die Jesusbewegung wach werden lässt, aus der unsere Kirchen mehr oder weniger glücklich hervorgegangen sind. Dieser Störenfried vollzieht einen wichtigen Kirchendienst, denn wenn das Salz der Erde fade wird, womit soll man dann salzen?
11. Die Kirchen wissen, dass es in der Politik nicht darum geht, das Reich Gottes zu verwirklichen. Sie beten «Dein Reich komme» und setzen sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein. Sie üben sich dabei in Humor, als die Weisheit, beides, das Beten und das Arbeiten, angemessen in Beziehung zu setzen und zugleich voneinander zu unterscheiden, und das eine zu tun und das andere nicht zu lassen ... ●

- Pierre Bühler, *1950 im Berner Jura, ist emeritierter Professor für systematische Theologie der Universitäten Neuchâtel und Zürich. Er lebt mit seiner Familie im Unruhestand in Neuchâtel.
pierre.buehler@theol.uzh.ch

Kirche? NordSüdUntenLinks

Gegen das Schweigen der Kirchen

Gespräch bei Brot und Wein zum Manifest von Pierre Bühler. Ausserdem Berichte von Teilnehmenden der ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe.

- Dem gefährlichen Schweigen der Kirchen sollen klare Argumente entgegengesetzt und die Kirchen zu mehr Freiheit ermutigt werden. Als Grundlage dafür dient das Manifest von Pierre Bühler.
- Teilnehmende einer Reisegruppe von TheBe und *Neue Wege* geben Impulse weiter. Sie nahmen an der ÖRK-Vollversammlung Anfang September in Karlsruhe teil und stellten dort in der Casa Comun die Migrationscharta vor.
- Montag, 19. September, 18.15–20.45 Uhr, Le Cap, Predigergasse 3, Bern
- thebe.ch

Pierre Bühler, Neuchâtel/Zürich, Juli 2022

Aus dem Vorstand

Schwerpunkt der Vorstandsarbeit bildete im letzten halben Jahr die Vorbereitung und Durchführung der Jahresversammlung 2022. In der dort vorgestellten Jahresrechnung wurde festgehalten, dass das Defizit für das Vereinsjahr 2021 mit Fr. 2651.80 etwas höher als geplant ausgefallen war. Der Grund dafür waren insbesondere die Kosten für Verpflegung und Beherbergung von Julia Lis und Michael Ramminger vom ITP (Institut für Theologie und Politik, Münster DE) anlässlich der Jahresversammlung 2021. Wir hatten zum Glück noch genügend Reserve in der Kasse.

Unserer Meinung nach war das Geld für diesen Anlass aber gut investiert. Die beiden Gäste nahmen an der gesamten Tagung teil, hielten anschliessend einen tollen Vortrag und es entstanden wertvolle Kontakte. Mit dem Besuch der Casa Comun anlässlich der ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe können diese weitergeführt werden. Das ITP ist aktiv an der Planung in Karlsruhe beteiligt (s. unten). Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Jubiläumsanlass *40 Jahre TheBe* vom 19. November 2022 auf Hochtouren (siehe rechte Seite).

- Für den Vorstand: Erwin Troxler
- Eindrücke der Reisegruppe von TheBe und Neue Wege, siehe Veranstaltungshinweis S. 29

Arbeitsgruppen

Wärchtigs-Chrischt*inne

In den drei Gesprächsrunden des ersten Halbjahres 2022 beschäftigten wir uns mit zwei Texten: Den ersten entnahmen wir der Zeitschrift *Energie & Umwelt*. Dessen Autor, Professor Niko Paech, wird von der Redaktion so charakterisiert: «Niko Paech ist Ökonom, er lehrt und forscht an der Universität Siegen. Er theoretisiert über und lebt selbst die Suffizienz.»

Suffizienz muss erklärt werden: Es bedeutet erstens den Verzicht auf ein bestimmtes Kulturgut, zum Beispiel ein bestimmtes Quantum Fleisch, zweitens die Selbstbegrenzung, indem die Fleischration nicht wieder erhöht wird, und drittens die grundsätzliche Entsagung. Mit dieser konsequenten, selbst gelebten Wachstumskritik gilt Niko Paech als «Enfant terrible» der Wirtschaftszunft (gemäss *Energie & Umwelt*). Verständlich deshalb der Titel des Interviews: «Wir brauchen Störenfriede, die aus dem Mainstream ausbrechen».

Der zweite Text ist ursprünglich in der *Zeit* erschienen, wir haben ihn ebenfalls aus der Zeitschrift *Energie & Umwelt* kopiert. Autor ist Quentin Lichtblau, Journalist in München. Er geht von der Behauptung aus, die Schweiz und auch Deutschland handelten mit ihren Klimapaketen viel zu zaghaft: «Wir brauchen Massnahmen, die über freiwillige Übungen hinausreichen.» Ja, und welche Massnahmen empfiehlt er? Die Viertagewoche. Unverständlich, wenigstens auf den ersten Blick. Die Begründung klingt einfach: Weniger arbeiten bedeutet weniger Umwelt verschleissen, weniger produzieren bedeutet einfacher leben, also: suffizient. Wie man dies konkret unternimmt, möchte ich von den beiden Autoren noch vernehmen – an unseren Gruppenabenden im Herbst.

- Paul Jeannerat-Gränicher
graenicher.jeannerat@gmx.ch

Frauen-Lesegruppe «Feministische Theologie»

Im vergangenen Halbjahr haben wir uns als Gruppe nur zwei Mal gesehen. Wir vermuten: coronamüde und blockiert ob der Kriegs- und Hungernachrichten aus der ganzen Welt, auch Stellenwechsel und Dissertationsabschlüsse, die uns übermässig in Anspruch genommen haben ...

Im Mai und Juni haben wir uns nun wieder getroffen. Jetzt sind wir in den letzten Zügen mit der Arbeit am Grundlagenwerk von Angelika Neuwirth: *Der Koran als Text der Spätantike. Ein europäischer Zugang* (2010). Angelika Neuwirth ist Geistes- und Kulturwissenschaftlerin und Senior-Professorin für Arabistik an der Freien Universität Berlin. Die zitierten Worte des Korans muten uns weiterhin oft fremd an, fordern uns jedoch auch heraus als fast durchgängige, interaktiv angelegte, ermahrende bis drohende Prophetenrede. Zudem können diese Worte uns gerade in der aktuell weit verbreiteten gesellschaftspolitischen Krisenstimmung – bedingt durch Pandemie, Klimawandel, Angriffskrieg, weltweite Versorgungsengpässe und Hungersnöte – zur Auseinandersetzung herausfordern: Welcher Glaube, welches Handeln sind in dieser Situation gefragt?

Im Herbst wollen wir uns wieder der Lektüre christlicher Theologinnen aus feministisch-befreiungstheologischer Sicht zuwenden. Wir treffen uns dazu weiterhin zu einer vorgängigen Teilete ab 18.45 Uhr im Haus der Begegnung im Länggassviertel in Bern. Neue Interessierte sind weiterhin willkommen!

- Auskünfte:
Eveline Gutzwiller Perren
evgu@pe-gu.ch
079 411 57 37

40 Jahre Theologische Bewegung

In einer Zeit des politischen Aufbruchs entstanden und bis heute engagiert geblieben: Das ist die Theologische Bewegung, kurz TheBe genannt. Ein Rückblick zeigt einige markante Stationen ihrer Geschichte.

Beinahe wäre in diesen turbulenten Zeiten vergessen gegangen, dass die Theologische Bewegung einen runden Geburtstag hat: Vor vierzig Jahren taten sich im Umfeld der damaligen Theologischen Fakultät Luzern einige Aktive aus verschiedenen Bereichen zusammen, um dem Handeln in weltweiter Solidarität neuen Schub zu geben. Treibende Kraft war Toni Peter, Mitglied der Missionsgesellschaft Bethlehem (SMB), der leider viel zu früh verstarb.

Solidarität als Leitmotiv

1981 hatte in Bern ein grosses entwicklungspolitisches Symposium «Entwicklung heisst Befreiung» stattgefunden, das unter anderem von der Erklärung von Bern, heute Public Eye, organisiert worden war. Dort ging man mit dem gegenseitigen Versprechen auseinander, die «Dritte-Welt»-Thematik, wie sie damals noch genannt wurde, in die verschiedenen gesellschaftlichen Felder hineinzutragen. In der Folge entstanden daher nicht nur der gewerkschaftlich orientierte «Solifonds», sondern auch der theologisch-politische Genossenschaftsverlag «Edition Exodus» und eben die «Theologische Bewegung für solidarische

Entwicklung», wie sie zunächst hiess. Anfänglich lag der Fokus stark auf theologischer Reflexion und kirchlicher Praxis zur damals heiss debattierten Bankeninitiative – durchaus zu vergleichen mit den kürzlichen Kämpfen um die Konzernverantwortungsinitiative.

Richtig bekannt und ökumenisch breit verankert wurde die TheBe dann dank eines grossen Treffens der Christlichen Solidarität mit Zentralamerika (SOCRI) 1984. Mehrere Hundert Menschen liessen sich dort für die Anliegen der Zentralamerika-Solidaritätsarbeit gewinnen; eine Weile reichten die Kreise der TheBe-Arbeitsgruppe SOCRI schier weiter als jene der ganzen Theologische Bewegung.

Der nächste Meilenstein war ein grosses Treffen der Solidarität mit den Opfern der Apartheid 1989. Da wurde die TheBe aufmerksam beäugt durch Männer in hellbeigen Regenmänteln, die sich eifrig bei den Informativen bedienten. Wenig später flog dann der Fichenskandal auf und wir konnten selber nachlesen, was damals alles an Aktivitäten gelaufen war ...

Europa im Fokus

1992 war es für die TheBe selbstverständlich, sich in den Prozess für einen «Kairos Europa» einzuklinken, um die Kairos-Dokumente aus Südafrika und Zentralamerika auch für ein «Europa der Gerechtigkeit» durchzubuchstabieren. In der Schweiz waren insbesondere der EWR und der IWF die Herausforderungen für solidarischen Argumentieren.

Nach dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens führte die TheBe zudem intern eine Profilkklärung durch: Sie verabschiedete sich vom zunehmend kritisierten Entwicklungsparadigma und gab sich den neuen Namen «... für Solidarität und Befreiung».

Eine nächste markante Station war die Beteiligung am Widerstand gegen das WEF in Davos zur Jahrtausendwende. Es ging darum, nicht einfach die angebotenen Dialognischen zu bespielen, sondern dieses Pseudo-Entscheidungsforum grundsätzlich in Frage zu stellen. Mit

spektakulären Aktionen konnte sich die TheBe einige Aufmerksamkeit sichern, zum Beispiel mit einer öffentlichkeitswirksamen Demonstration auf Skiern, mit einer Pressekonferenz, an der Bischof Desmond Tutu auftrat, oder auch mit einem Strassentheater, dessen Schauspieler*innen dann von der Polizei festgesetzt wurden.

An vielen Orten aktiv

In den Jahren danach wurden eher kleinere Brötchen gebacken. Aber wer genau hinblickte, fand bei vielen Aktionen und Themenfeldern Namen von TheBe-Mitgliedern, die sich engagierten. Sei es beim gewerkschaftlichen und kirchlichen Sonntagsschutz, sei es in Publikationen und Aktionen christlicher Feministinnen, sei es beim Friedensschweigen in Luzern, das auch angesichts des Ukraine-Kriegs von langem Atem gekennzeichnet ist, oder auch beim Bemühen, das Gedenken an Erzbischof Oscar Romero wachzuhalten.

Das sind nur einige Blitzlichter aus vierzig Jahren gemeinschaftlichem Engagement. Es wird sich lohnen, später noch genauer die Vielfalt solidarischen und befreiungstheologischen Handelns in der Schweiz und in der Welt anzuschauen.

○ Urs Häner, *1956, ist Theologe in Luzern und seit Anfangszeiten Mitglied der TheBe uh@sentitreff.ch

TheBe Jubiläumsanlass 40 Jahre TheBe

Samstag, 19. November 2022,
9.30 bis ca. 17 Uhr, Sentitreff,
Baselstrasse 21, Luzern

Vormittag: Kurzstatements von vier TheBe-Mitgliedern

Nachmittag, 14 Uhr: Impulsreferat von Franz Segbers, katholischer Theologe und Professor em. für Sozialethik der Universität Marburg, Autor von Publikationen zur alternativen Ökonomie, mitengagiert bei der Casa Comun (ÖRK-Vollversammlung im September 2022).

Bitte reserviert euch das Datum! Vereinsmitglieder bekommen eine schriftliche Einladung.

Petition an den Bundesrat

Um den Bundesrat an seine Versprechen zum Thema Konzernverantwortung zu erinnern, lanciert die Koalition für Konzernverantwortung ab August eine Petition. In 100 Tagen sollen 100'000 Unterschriften gesammelt werden.

Über 80'000 orange Fahnen schmückten im Herbst 2020 Balkone, Scheunen und Gartenzäune in der ganzen Schweiz. Es war unglaublich, wie viele Menschen sich vor der Abstimmung für die Konzernverantwortungsinitiative eingesetzt hatten. Tausende Freiwillige engagierten sich dafür, dass Schweizer Konzerne künftig dafür geradestehen müssen, wenn sie Flüsse vergiften oder ganze Landstriche zerstören.

Gegenargumente sind überholt

In unzähligen Zeitungsartikeln, Interviews und an Podien bekämpften die Gegner*innen, allen voran Bundesrätin Keller-Sutter, die

Initiative. Eines der Hauptargumente hiess, dass der Bundesrat ein «international abgestimmtes» Vorgehen möchte und sich für «gleich lange Spiesse» für Konzerne in der Schweiz und der EU einsetze. Dieses Argument war mit ein Grund dafür, dass die Initiative knapp abgelehnt wurde.

Inzwischen hat sich die Lage in Europa aber verändert: Nachdem viele europäische Länder in den letzten Jahren schon selber Gesetze einführt, um Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu verpflichten, hat Ende Februar 2022 auch die EU-Kommission ein EU-weites Konzernverantwortungsgesetz vorgestellt. Dieses enthält eine breite Sorgfaltsprüfungspflicht sowie einen wirksamen Durchsetzungsmechanismus: Erstens ist eine Aufsichtsbehörde vorgesehen, die bei Verstössen Bussen verhängen kann, und zweitens haftet der Konzern für angerichtete Schäden seiner Tochterfirmen und Zulieferer. Darüber hinaus müssen die Konzerne aufzeigen, wie sie den Zielen des Pariser Klimaabkommens entsprechen.

Damit ist die Schweiz nun bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung. Bei uns gilt seit dem 1. Januar 2022 der Alibi-Gegenvorschlag, der lediglich dazu führt, dass die Konzerne neue Hochglanzbroschüren produzieren.

An die Versprechen erinnern

Spätestens mit dem Vorschlag der EU-Kommission gibt es jetzt keine Ausreden mehr: Wenn der Bundesrat sein Versprechen ernst gemeint hat, muss nun auch die Schweiz so rasch wie möglich ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz einführen. Um zu verhindern, dass die Politik das Thema auf die lange Bank schiebt, lanciert die Koalition für Konzernverantwortung eine grosse Petition: In 100 Tagen wollen wir 100'000 Unterschriften sammeln. Damit wir dieses Ziel erreichen und ein starkes Signal nach Bundesbern senden können, sind wir auf die Unterstützung von vielen Menschen angewiesen. Es gilt nun, Unterschriften zu sammeln und Standaktionen zu organisieren. Denn: Je präsenter wir im ganzen Land sind, desto sichtbarer wird auch für die Politik, dass immer noch unzählige Menschen in der ganzen Schweiz bereit sind, sich für ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz einzusetzen.

- Seraina Patzen, *1992, Mitarbeiterin bei der Koalition für Konzernverantwortung und Grossrätin der Jungen Alternative JA! im Kanton Bern. seraina.patzen@konzernverantwortung.ch
- Unterschriftensammlung: 20. August bis 27. November Informationen, Unterschriftenbögen und Möglichkeit zur Online-Unterschrift: konzernverantwortung.ch



Redaktion
Christine Voss
christine.voss@bluewin.ch

Administration
TheBe, Postfach 4203, 6002 Luzern
info@thebe.ch, www.thebe.ch

Abopreis
Das Journal der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung erscheint zweimal im Jahr – im März und September – als Beilage der *Neuen Wege*. Das Abonnement ist Bestandteil der Mitgliedschaft der TheBe.

Mitgliedschaft
Wollen Sie Mitglied der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung werden? Schicken Sie eine E-Mail mit Ihrer Adresse an info@thebe.ch. Der Mitgliederbeitrag liegt bei Fr. 30, der Solidaritätsbeitrag bei Fr. 50.